

# L´ autre guerre - Der andere Krieg

## Der Vertrag von Versailles und der Aufstieg des deutschen Faschismus

Das Deutsche Reich ist weder in den Ersten Weltkrieg „geschlafwandelt“, noch „hereingeschliddert“. Bewusst und mit Planung, Zielsetzung und Kalkül wurde der „richtige“ Zeitpunkt gewählt, um den imperialistischen Plänen „endlich“ Nachdruck zu verleihen.

Für die westeuropäische Expansion waren seit 1905 die Weichen gestellt: der Schlieffen-Plan. Der Überfall auf Frankreich setzte bewusst auf die Neutralitätsverletzung von Belgien und Luxemburg. Der imperialistischen Hybris der Militärs folgte die Industrie, die Tabelle zeigt das Kräfteverhältnis 1913:

	Deutsch-land	Österreich-Ungarn	Mittel-mächte	Frankreich	Rußland	Großbri-tannien	Entente	USA	Entente und USA
Bevölkerung (in Millionen)	66.9	52.1	119.0	39.7	175.1	44.4	259.2	97.3	356.5
Eisen- und Stahlproduktion (in Millionen Tonnen)	17.6	2.6	20.2	4.6	4.8	7.7	17.1	31.8	48.9
Anteil der industriellen Weltproduktion	14.8	4.4	19.2	6.1	8.2	13.6	27.9	32.0	59.9

1

Zwischen etwa 1890 und 1913 steigerte die deutsche Industrie ihre Produktivität enorm. „Zu dieser Zeit verschob sich das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der führenden Weltmacht Großbritannien in dramatischer Weise. So stieg die britische Stahlproduktion zwischen 1886 und 1910 von 2,4 Millionen Tonnen auf 6,1 Millionen (...) Die deutsche Stahlerzeugung aber wuchs im gleichen Zeitraum von knapp einer Millionen Tonnen auf 13,7 Millionen Tonnen (...). In den herrschenden Kreisen des deutschen Kaiserreichs richtete man mehr und mehr den Blick vom eigenen mageren Kolonialbesitz auf das gigantische britische Weltreich, dessen Ausplünderung den Briten so große Reichtümer einbrachte.“<sup>2</sup>

Weit vor 1914, im Jahr 1911, formulierte einer der führenden deutschen Wirtschaftsbesitzer, Hugo Stinnes:

---

<sup>1</sup> Kennedy, Paul: Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflicts from 1500 to 2000, New York 1987, P 199-202, 258-71, zit. nach: Chickering, Roger, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2005, S. 242

<sup>2</sup> Fesser, Gerd, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Köln 2014, S. 13

„Stinnes setzte auf Verständigung. Gegenüber Heinrich Claß, dem Chef des Alldeutschen Verbandes, der längst schon auf Krieg begierig war, vertrat Stinnes noch im September 1911 einen klaren Merkel-Kurs zur Expansion in Frieden: »Und sehen Sie, was das heißt, wenn ich langsam aber sicher mir die Aktienmehrheit von dem oder jenem Unternehmen erwerbe, wenn ich nach und nach die Kohleversorgung Italiens immer mehr an mich bringe, wenn ich in Schweden oder Spanien wegen der notwendigen Erze unauffällig Fuß fasse, ja mich in der Normandie festsetze – lassen sie noch drei oder vier Jahre ruhigen Frieden sein, und Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr Europas. Die Franzosen sind hinter uns zurückgeblieben; sie sind ein Volk der Kleinrentner. Und die Engländer sind zu wenig arbeitslustig und ohne den Mut zu neuen Unternehmungen. Sonst gibt es in Europa niemanden, der uns den Rang streitig machen könnte. Also drei oder vier Jahre Frieden, und ich, ich sichere die deutsche Vorherrschaft in Europa im Stillen.«<sup>3</sup> Stinnes revidierte seine Meinung; im September 1914 wurde aus seinem „friedlichen“ Imperialismus ein ganz im Sinne der kriegerischen Entwicklung formulierter Katalog an Kriegszielen:

„Stinnes verlangte für das Deutsche Reich: 1. alle Seehäfen vor der englischen Küste, 2. Tanger als Wacht gegen Gibraltar, 3. Zugang zum Roten Meer bis nach »Abessynien«, 4. Zollbegünstigungen in Frankreich und Rußland gegen England, 5. Kriegsentschädigungen zum »Ausbau unserer Kriegsflotte«. Und so fort, vor allem »maßvoll« die Grenzen nach Osten bis zum großrussischen Gebiet verschieben. Und Antwerpen wird deutsch zusammen mit den flämischen Belgiern – die Wallonen dürfen auswandern. Und der belgische Kolonialbesitz wird deutsch wie ein Teil des französischen. Das Wichtigste aber: »Wir müssen nicht nur unbegrenzte politische, sondern auch unbegrenzte wirtschaftliche Verfügungsgewalt über das abgetretene Gebiet bekommen«. Stinnes so deutlich, wie es nicht einmal die Nazis einen Krieg später aussprachen: »Mit der Abtretung der Herrschaftsrechte muß daher eine Enteignung Hand in Hand gehen.« Aus strategischen Gründen sei es wünschenswert, daß an den neuen Grenzen eine Pufferzone mit deutscher Bevölkerung geschaffen werde. Und nicht zu vergessen: wir müssen Frankreich die unmittelbar zu unserer Grenze gelegenen reichen Eisenerzlager »fortnehmen« – sie sind »schon 1871 uns nur durch einen Irrtum entgangen«.

---

<sup>3</sup> Köhler, Otto: Kaiser von Deutschland, in: Tageszeitung junge Welt, 10.4.2014

Kurz, Deutschland sollte den Kontinent beherrschen und noch möglichst viel von der übrigen Welt bei Enteignung der zu vertreibenden Bürger.“<sup>4</sup>

Gedanklich machen wir nun einen Sprung, die historischen Tatsachen und der Kriegsverlauf sind bekannt.

„Im Laufe des Jahres 1917 packte in Deutschland die Herrschenden, insbesondere die konservativen und völkischen Kreise, das reine Entsetzen, als sie mehr und mehr erkennen konnten, in welchem Maße ihr Einfluß auf die Massen zu schwinden drohte. Das mörderische Kriegsgeschehen dauerte an, doch ein militärischer Sieg geriet weit außer Sicht. Der Wunsch, endlich Frieden zu schließen, erfaßte breite Kreise der Bevölkerung. Erhebungen konnten, wie die russische Februarrevolution gezeigt hatte, nicht mehr ausgeschlossen werden. Im Deutschen Reichstag fand sich eine Mehrheit aus Liberalen, katholischer Zentrumspartei und Sozialdemokraten, die am 19. Juli 1917 einen baldigen Abschluß des Krieges mit einem »Verständigungsfrieden« forderte. Doch den vom Zaun gebrochenen Krieg mit politischer Vernunft zu beenden und sich von imperialistischen Kriegszielen zu verabschieden – das überstieg gleichermaßen Willen und Fähigkeit der konservativ-nationalistischen und militaristischen Kräfte. Ihre Parole lautete weiterhin: »Siegfrieden«. Nur ein »voller Sieg« sei ein wirklicher Erfolg, verpackt in das Argument, Deutschland müsse so mächtig sein, »daß uns niemand mehr anzugreifen wagt«. Kündigte sich da bereits das nazistische »Endsieg«-Wollen an?

(...)

Die annexionistischen und wirtschaftspolitischen Ziele sollten mit verschärfter Kriegführung an den Fronten erreicht werden, auf innenpolitischem Gebiet unterstützt von einem Abbau parlamentarisch-demokratischer Regeln. Wer sich einem anderen Verständnis von Frieden verpflichtet sah, dem wurden selbstmörderische Nervenschwäche und Vaterlandsverrat vorgeworfen. Letzteres ein infamer Versuch, den politischen Gegner im Inneren mit dem äußeren Feind zu identifizieren, zugleich ein Bruch mit der 1914 beschlossenen Politik eines »Burgfriedens« mit der

---

<sup>4</sup> ebenda

Sozialdemokratie. Populistisch hieß es, man müsse nur »durchhalten«, standhaft bleiben und unerschütterlich an einen als unvermeidlich propagierten Sieg glauben. Die kriegsmüde gewordenen Massen, so das Kalkül, würden sich mit maßlos gesteigerter nationalistischer Propaganda weiter mobilisieren lassen, auf die Wirksamkeit eines diktatorischen Regimes und schließlich auch auf das Auftreten einer neuen politischen Organisation hoffend.

Die Initiativen, die sich in dieser Hinsicht als die wirkungsvollsten erwiesen und in Königsberg am 2. September 1917, dem sogenannten Sedanstag, zur Gründung der Deutschen Vaterlandspartei führten, gingen von Generallandschaftsdirektor a.D. Wolfgang Kapp aus, einem unverkennbaren Interessenvertreter der ostpreußisch-konservativen Großagrarien und späteren Putschisten gegen die Weimarer Republik. In Berlin, Hamburg und Bremen besprach er mit Bankiers, Großhändlern, Großindustriellen und einigen Intellektuellen Pläne zur Schaffung eines Bismarck-Bundes gegen den Parteihader im Krieg. Doch dieser Plan wurde rasch verworfen. Man glaubte, lediglich im Rahmen einer Partei den »politisch notwendigen Sammelpunkt« schaffen zu können. So ging die Rede mal von einer Bismarck-Partei, mal von einer Deutschen Einheitspartei, bevor das »Vaterland« für den Namen usurpiert wurde.

Zum Gründerkreis zählten neben Kapp 20 weitere Persönlichkeiten vornehmlich aus Ostpreußen. Durch Zuruf wurden Großadmiral Alfred von Tirpitz, Johann Albrecht Herzog von Mecklenburg und Kapp an die Spitze der neuen Partei gewählt. In den Engeren Ausschuss gelangten Conrad Freiherr von Wangenheim, Reichsrat Franz von Buhl, die Historiker Georg von Below und Dietrich Schäfer, die Oberbürgermeister von Königsberg und Halle sowie der Stadtdirektor von Hannover. Wenige Tage darauf kam auch Heinrich Claß hinzu, der Vorsitzende des berüchtigten Alldeutschen Verbandes und Verfasser des Buches »Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten«. Eine ganze Reihe von Großindustriellen engagierte sich bei der Schaffung von Landesvereinen der Partei – so z.B. Ernst von Borsig in Berlin und Paul Röchling für die Rheinprovinz. Zu den Mitgliedern zählten ebenso Carl Duisberg, Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf, Max Roetger. Seit März 1918 wirkte Werner von Siemens im Vorstand der Partei.

Die Parteiführung entfaltete hektische Betriebsamkeit. Sie legte u.a. große Vorräte an Papier an, da sie Propaganda in neuem Ausmaß betreiben wollte. Zahllose Versammlungen wurden organisiert. Eine Flut von Erklärungen, Aufrufen und Schriften überschwemmte das Land. In Telegrammen an den Kaiser, die Regierung und die Oberste Heeresleitung (OHL) sollten diese aufgefordert werden, das »Unheil und die Schmach eines Verzichtfriedens« abzuwenden. Die Landesvereine erhielten dazu vorgestanzte Formulierungen, verbunden mit der Anweisung, dennoch nicht den »Eindruck einheitlicher Lenkung« entstehen zu lassen.

Nicht ohne zeitweiligen Erfolg zielte die Vaterlandspartei auf das Gewinnen großer Mitglieberscharen, ganz nach dem Motto: »Beherrschung der Massen durch Umklammerung!« Mitunter wurde von der Notwendigkeit gesprochen, eine bürgerliche »Partei der Parteilosen« zu sein. Die im Januar 1918 erfolgte Einrichtung einer eigenen »Abteilung für Werbung und nationalpolitische Aufklärung unter Arbeitern« ließ erkennen, wer vor allem geworben werden sollte. Man wandte sich an jene Arbeiter, die »unorganisiert abseits aller Gewerkschafts- und Parteistreitigkeiten« stünden. Diese sollten »auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront« zusammengeführt werden.

Doch eine Kampffront wofür? In allen Einzelheiten propagierte die Vaterlandspartei ihre außenpolitischen Ziele. Da ging es um die Annexion Belgiens mit der flandrischen Küste, des Erzbeckens von Brie und Longwy, großer Gebiete Nordfrankreichs mit der Kanalküste einschließlich der Normandie, ferner um die Einverleibung Luxemburgs und der Niederlande, um die Schaffung eines von Deutschland beherrschten polnischen Staates, die Besetzung der baltischen Länder sowie weiterer Gebiete in Weißrußland und der Ukraine. Nicht zuletzt strebte sie die Schaffung eines den »deutschen Lebensnotwendigkeiten« entsprechenden geschlossenen »mittelafrikanischen deutschen Kaiserreichs« und die Zahlung riesiger Kontributionen durch die Feindmächte an.

Die Vaterlandspartei existierte lediglich eineinhalb Jahre. Sie war mit ihren rund 300000 Mitgliedern – sie selbst sprach von 1,25 Millionen – zeitweilig eine der größten unter den Parteien im damaligen Deutschland. In dem Maße, wie der Erste Weltkrieg sich seinem Ende zuneigte, zerfiel sie. Der leitende Reichsausschuß

beschloß einen Monat nach dem Beginn der Novemberrevolution, am 10. Dezember 1918, die Partei aufzulösen.

Historisch bedeutsam sollte vor allem die Tatsache werden, daß kurze Zeit nach ihrem Ende und ihrem Aufgehen in der Deutschnationalen Volkspartei eine neue Partei direkt an sie anknüpfte: die NSDAP. Zu deren Gründern gehörte Anton Drexler, der die Vaterlandspartei euphorisch als »Lichtstrahl« begrüßt hatte. Gleich, ob konzeptionell oder organisationsgeschichtlich – sie war mehr als nur ein parteiengeschichtlicher Endpunkt bürgerlicher Sammlungsbewegungen im Kaiserreich. Sie wies auch über den bis dahin dominierenden Typ bürgerlicher Honoratioren-Parteien hinaus. Insbesondere kann sie als Modell für den Versuch betrachtet werden, einen ausreichenden Massenanhang – auch unter der Arbeiterschaft – zur Unterstützung nationalistischer und expansionistischer Ziele zu gewinnen. Insofern gilt sie als ein Glied in der Kette, die in der Weimarer Republik konservativ-nationale und völkisch-antisemitische Kreise mit den Nazis verband.“<sup>5</sup>

Doch noch ein weiteres Ereignis brachte Politik und Militärs in Zugzwang: die Ereignisse in Russland und – die nicht unwillkommenen – Friedensverhandlungen, die zum Vertrag von Brest-Litowsk führten.

„Im Mai des Jahres 1919 wurden die Friedensbedingungen bekannt, welche die Ententemächte in Versailles dem besiegten Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg diktierten. In Deutschland ging durch alle politischen Lager ein Aufschrei der Empörung. Doch kaum jemand wollte sich jetzt daran erinnern, dass das Deutsche Reich 14 Monate zuvor selbst ein böses Beispiel geschaffen und Sowjetrußland den Raubfrieden von Brest-Litowsk aufgezwungen hatte, der noch weitaus schlimmer als der von Versailles war. (...) Am 9. Februar 1918 legte die deutsche Delegation dann offiziell ihre Forderungen vor: Sowjetrußland sollte nicht nur auf die besetzten Gebiete verzichten, sondern obendrein Livland und Estland räumen – de facto also Gebiete mit einer Fläche von 150.000 km<sup>2</sup> an Deutschland abtreten. So räuberisch

---

<sup>5</sup> Weißbecker, Manfred: Völkisch und reaktionär, in: Tageszeitung junge Welt, 1.9.2012

diese Bedingungen waren – Lenin war bereit, sie zu akzeptieren. Er war sich völlig darüber im Klaren, dass sein Land bei einem neuerlichen deutschen Angriff keine Chance haben würde. Die Soldaten der alten russischen Armee waren größtenteils einfach nach Hause gegangen. Die Rote Armee aber wurde gerade erst aufgestellt. Doch die Mehrzahl der führenden Bolschewiki verweigerte Lenin die Gefolgschaft. Leo Trotzki, der seit dem 9. Januar die sowjetische Delegation in Brest-Litowsk leitete, erklärte, Sowjetrußland werde aus dem Kriege ausscheiden, aber den Friedensvertrag nicht unterschreiben. Daraufhin griffen am 18. Februar 59 deutsche und österreichische-ungarische Divisionen mit 700.000 Soldaten an. (...) Jetzt schloss sich das Gros der führenden Bolschewiki den Auffassungen Lenins an. Lenin stimmte den Forderungen der Deutschen zu, doch die setzten ihren Vormarsch bis zum 23. Februar fort. Und dann präsentierten sie noch weitaus härtere Bedingungen: Rußland solle auch auf die Ukraine, Finnland und Gebiete um Batumi verzichten. Damit sollten von Rußland Territorien von einer Million Quadratkilometer abgetrennt werden, auf denen 50 Millionen Menschen lebten und sich 54 Prozent seiner Industrie und 90 Prozent seiner Kohlebergwerke befanden! Am 3. März unterschrieb die sowjetische Delegation das Diktat. Bald darauf besetzten deutsche Truppen die Ukraine. (...) Am 9. November 1918 – acht Monate nach der Unterzeichnung des Brester Friedens – begann die Novemberrevolution (in Deutschland, IBL). Vier Tage später zerriss die Sowjetmacht die Fesseln des Brester Friedensvertrages.“<sup>6</sup>

Doch zurück zum Versailler Vertrag und seinen Auswirkungen. „Für die Kräfte, die das Kaiserreich beherrscht hatten, bedeutete das Jahr 1918 eine schwere Niederlage – sowohl nach innen wie nach außen. Nach innen mußten sie den Obrigkeitsstaat preisgeben und der arbeitenden Bevölkerung beträchtliche politische und gewerkschaftliche Rechte einräumen. Und nach außen waren nicht nur ihre gewaltigen Eroberungspläne gescheitert, die auf Errichtung einer Weltmacht gezielt hatten, sondern sie mußten darüber hinaus mit dem Friedensvertrag von Versailles (28.6.1919) schwerwiegende Verluste hinnehmen. (...) So war die Politik der Siegermächte also einerseits darauf gerichtet, Deutschland zu schwächen, niederzuhalten und ökonomisch auszubeuten, andererseits aber die bürgerlichen

---

<sup>6</sup> Fesser, S.101ff.

Kräfte so stark zu machen, daß Deutschland kapitalistisch blieb.“<sup>7</sup> Die konservativen Kräfte standen bereit – noch jedoch mussten sie sich neu formieren. Die „Vaterlandspartei“ (s.o.) löste sich mit der militärische Niederlage und dem Beginn der Revolution in Deutschland auf. Jetzt musste ein Weg gefunden werden, das Beste aus der Niederlage zu machen. An der Unterzeichnung des Versailler Vertrages führte kein Weg vorbei. „Größten Wert legten die Führungsschichten dann aber darauf, daß die Verantwortung für diesen Vertrag gegenüber der Öffentlichkeit von Repräsentanten der demokratischen Republik übernommen wurde. Die Regierung, die den Vertrag zu unterzeichnen und vor der Öffentlichkeit zu vertreten hatte, bestand aus Sozialdemokraten, Liberalen (DDP) und Zentrum. So konnten später jene, die für den Krieg und seine Folgen tatsächlich verantwortlich waren, sogar noch demagogischen Gewinn aus dieser Niederlage schlagen. (...) Insgesamt waren die traditionellen Führungsschichten Deutschlands also durch die militärische Niederlage und durch die Novemberrevolution von 1918 ökonomisch, militärisch und politisch sehr geschwächt. Sie waren aber doch so stark geblieben, daß sie eine Revision dieser Niederlage ins Auge fassen und mit aller gebotenen Vorsicht in Angriff nehmen konnten. In den folgenden Jahren ging es ihnen um die Konsolidierung der politischen Macht im Innern, um die Stärkung der ökonomischen Potenz, um die Lockerung der Fesseln des Versailler Vertrages und die Vorbereitung einer neuen Aufrüstung, die notgedrungen illegal vonstatten gehen mußte. (...) In der Tat gab es bei den herrschenden Kräften schon früh Konzeptionen, die sich durch Klarheit und Realismus mindestens in Hinsicht auf die Hauptaufgaben auszeichneten: Schon am 20. Dezember 1918 hatte Major von Schleicher von der Obersten Heeresleitung im Generalstab ein Stufenprogramm entwickelt, die Errichtung einer „durchsetzungsfähigen“ Regierungsgewalt im Innern, die „Gesundung der Wirtschaft“ und dann „die Wiedereinrichtung der äußeren Macht“. Schleicher wurde 1919 Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, im Mai 1932 Reichswehrminister und im Dezember 1932 schließlich Reichskanzler. Über diese Ziele bestand Einigkeit zwischen allen maßgeblichen Gruppen in der Großindustrie und den Banken, dem Großgrundbesitz, dem Militär und der hohen Bürokratie. Die „handlungsfähige“ Regierung war schon im Frühjahr 1919 errichtet,

---

<sup>7</sup> Kühnl, Reinhard, Die Weimarer Republik, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 31



nachdem die „Staatsfrage“ entschieden war: zugunsten von Nationalversammlung und parlamentarischer Demokratie und zuungunsten der Räteidemokratie.“<sup>8</sup>

Vor allem die ökonomische Konsolidierung ging sehr schnell: „Die riesigen Profite, die die Rüstungsindustrie durch den Krieg gemacht hatte, blieben nach 1918 unangetastet und stärkten die ökonomische und politische Machtstellung gerade dieser Konzerne, die sich nun freilich auf Friedensproduktion umstellen mußten. Die Inflation, die seit 1921 allmählich und schließlich 1923 in rasendem Tempo gesteigert wurde, ermöglichte den Unternehmern, äußerst billig zu produzieren, da die abhängig Beschäftigten nur nahezu wertloses Papiergeld in die Hand bekamen, und zugleich die Ersparnisse der Mittelschichten zu entwerten, also das Volksvermögen zugunsten des großen Kapitals umzuverteilen. So konnte die Produktion rasch gesteigert werden; sie erreichte 1922 wieder den Vorkriegsstand.“<sup>9</sup> Der Expansionskurs der deutschen Wirtschaft war ungebremst, die Arbeitsproduktivität stieg steil an. Die mühsam erkämpften Errungenschaften der Lohnabhängigen wie der 8-Stunden-Tag wurden wieder abgeschafft<sup>10</sup>. Bis 1929 stieg die Industrieproduktion um 46% und hatte damit somit das Niveau von 1913 wieder erreicht – trotz der im Versailler Vertrag festgelegten Gebietsabtretungen<sup>11</sup>. Die deutsche Industrie entwickelte sich in den 20er Jahren rasant und expandierte auch in die USA, dem neuen und starken Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Doch dem Expansionsdrang der deutschen Industrie waren Grenzen gesetzt, innen und außen: Gewerkschaften und linke Parteien erschwerten rigorose Maßnahmen, der Versailler Vertrag und die damit verbundene Demobilisierung des Deutschen Reiches verhinderte die kriegerische Expansion und Eroberung von Absatzmärkten.

Die politische Neusortierung lief parallel zur wirtschaftlichen. Weiter oben war ich auf die „Vaterlandspartei“ eingegangen. Diese Begrifflichkeit passte nicht mehr in die Weimarer Republik, also wurden neue Namen gesucht und gefunden. „Die größeren Parteien der ökonomisch und politisch Mächtigen, getragen von ihrer Furcht vor möglichen sozialistischen Verhältnissen, zeigten sich nur kurzzeitig funktionsunfähig. Nach wenigen Tagen weitgehender Ohnmacht stellten sie sich mehr oder weniger entschieden auf die neue Situation ein; manch ein »Herzensmonarchist« mauserte

---

<sup>8</sup> Kühnl, S. 33ff.

<sup>9</sup> Kühnl, S. 36

<sup>10</sup> Kühnl, S. 148

<sup>11</sup> Kühnl, S. 37

sich zum »Vernunftrepublikaner«. Alle nutzten die Chancen, die sich ihnen mit den machtpolitischen, die Erfolge der Revolution eingrenzenden Entscheidungen des Rates der Volksbeauftragten boten. In rascher Folge entstanden neue Parteien, genauer: Die alten sortierten sich neu, trennten sich von belasteten Teilen und begannen mit eifriger Mitgliederwerbung. Vor allem gaben sie sich neue Namen. Beliebt war die Verwendung des Wortes »Volk«, um neuen Willen und Charakter anzudeuten. So nannte sich das großbürgerlich-katholische Zentrum zeitweilig Christlich-demokratische Volkspartei, deren süddeutscher Landesverband verselbständigte sich als Volkspartei. Aus einigen konservativen Parteien des Kaiserreichs entstand am 24. November 1918 die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), der sich auch viele völkische Gruppen und Teile der erst 1917 geschaffenen und rasch zerfallenden Deutschen Vaterlandspartei zuwandten. Nationalliberale Kreise fanden sich in der Deutschen Volkspartei (DVP), bürgerlich-demokratische in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zusammen. Kontinuität dominierte, wenngleich auch innerhalb der einzelnen parteipolitischen Strömungen sich Kräfteverhältnisse verschoben und Sammlungsversuche stattfanden. Im Grunde ragten jedoch lediglich DDP und DNVP über die Grenzen ihrer unmittelbaren Vorgänger hinaus. (...) Eine insgesamt zu beobachtende Tendenz der bürgerlichen Parteien, sich etwas mehr nach links zu orientieren, schien zunächst das Lager der nach wie vor strikt antirepublikanischen und eine parlamentarische Demokratie völlig ablehnenden Kräfte zu schwächen. Doch das hielt nicht lange vor. Sie schufen sich rasch und in großer Zahl völlig neue Organisationen, darunter paramilitärische Verbände, Orden, Bünde, Vereine usw. Mit den neuen Betätigungsfeldern veränderten sich auch organisationspolitische Strukturen, mitunter unüberschaubar, weil rasch und häufig wechselnd. Wie in einem Schmelztiegel gingen manche Gruppen und Grüppchen direkt ineinander auf, andere spalteten sich ab, geschieden zum Teil nur dank Uneinigkeit in Führungsansprüchen. Demokratischem Druck aus der Gesellschaft wichen sie oft dank tarnender Namensänderung aus.

Zu den größten und mitgliederstärksten Organisationen, die eine Basis der kommenden faschistischen Massenbewegung abgaben, gehörten paramilitärische Verbände. Als die Alliierten kategorisch forderten, die in Gestalt lokaler und regionaler Bürgerwehren und als Reserve der zahlenmäßig zu reduzierenden Reichswehr entstandenen Einwohnerwehren aufzulösen, was die Reichsregierung

am 8. April 1920 beschloß, in Bayern aber erst im Jahr darauf erfolgte, da ging ein großer Teil der etwa eine Million Mitglieder zu den Freikorps und militärisch organisierten Verbänden über. Noch in den Tagen des Kapp-Putsches formierte sich aus einem Freikorps der Orden (Jungdo), der unter Führung von Arthur Mahraun stand und bald etwa 200000 Mitglieder umfaßte. Korporativ schloß sich dieser Jungdo der Organisation des bayerischen Forstrats Georg Escherich (Orgesch) an; diese wurde am 9. Mai 1920 mit dem Ziel gegründet, ein Auffangbecken und eine Tarnorganisation für die in den meisten deutschen Ländern verbotenen Einwohnerwehren zu schaffen. Der Chef der Orgesch agierte als eine Art Zentralfigur der gesamten konservativ-nationalistischen Szene, ausgestattet mit besten Verbindungen zu den Rechtsparteien und zu Wirtschaftskreisen.

Neue Einflußbereiche suchten auch der Bayerische Ordnungsblock, dem etwa 40 verschiedene völkisch-alldeutsche und extrem arbeiterfeindliche Organisationen angehörten, und der Norddeutsche Ordnungsblock. Günstige Bedingungen fanden sie vor allem in Bayern vor. Der Freistaat widersetzte sich – in völliger Übereinstimmung zwischen Escherich und dem während des Kapp-Putsches zum bayerischen Ministerpräsidenten avancierten Gustav Ritter von Kahr – den Maßnahmen der Reichsregierung zur Auflösung der Einwohnerwehren. Kahr erlaubte diesen demonstrativ, am 26. September 1920 ein erstes »Landesschießen« durchzuführen, und nahm dafür den sich rasch ausweitenden Konflikt zwischen dem Reich und Bayern in Kauf. Als eine »Ordnungszelle« – so verstand das Land seine Funktion für Deutschland – wollte man in München für eine neue Rechtsentwicklung im Reich gut gerüstet sein.

An der Spitze jener Marinebrigade, die in Berlin den Kapp-Lüttwitz-Putsch militärisch organisiert hatte, stand der an zahlreichen politischen Morden (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Matthias Erzberger, Walther Rathenau u.a.) und auch an Fememorden beteiligte Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt. Aus ihr ging Ende 1920 die geheime Organisation Consul hervor, die alte putschistische Ziele großagrarisch-nationalistischer Kreise verfolgte und dabei zu traurigem Ruhm gelangte; gerade sie hatte wesentlichen Anteil an der beginnenden Entwicklung und Ausprägung des Faschismus in Deutschland. Als die Orgesch verboten wurde, formierte sie als Ersatz den straff organisierten Wehrverband Bund Oberland, um nur einige wenige noch zu nennen, existierten der Bund Wiking, die Reichsflagge, der Bund Bayern und Reich, ein Blücherbund, die von Ernst Röhm geschaffene Eiserne Faust und viele andere

mehr. Später, aber noch vor der Errichtung der faschistischen Diktatur, erklärte der Chef der Organisation Kanzler dem Blick auf Hitler: »Wir mußten uns klar darüber sein, daß wir Vorläufer waren und die Wege dem zu bereiten hatten, der nach uns kam.«

Wegbereitend wirkte auch der im Juli 1920 geschaffene Deutsche Hochschulring und sein Bestreben, alle rechtsgerichteten studentischen Gruppierungen zu sammeln. Er erfaßte bald etwas mehr als drei Viertel aller Studierenden. Von Bedeutung sollte nicht zuletzt die Gründung jener Organisationen werden, die unmittelbar der nationalistisch-revanchistischen Propaganda gegen den Versailler Vertrag dienten. Der bereits 1919 gegründete Schutzbund, dem 120 Grenz- und auslandsdeutsche Verbände angehörten, hielt zu Pfingsten 1920 im Berliner Reichstagsgebäude seine erste große Bundestagung ab. Am 7. Mai 1920 fand auch wieder eine Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft statt, die zunächst mit Hilfe des Völkerbundes eine Revision der Festlegungen des Versailler Vertrages über die ehemaligen deutschen Kolonien erreichen wollte.

(...) Im Frühjahr 1921 trat mit dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände ein neuer und mächtiger Dachverband in Erscheinung. Ihm gehörten zunächst etwa 500, später sogar fast 2000 einzelne Organisationen an, die sich alle propagandistisch mit dem Vertrag von Versailles und insbesondere mit dessen Artikel 231 befaßten. Sie beantworteten die darin von den Alliierten behauptete Alleinschuld Deutschlands am Weltkriegsausbruch mit der nationalistischen These von einer »deutschen Unschuld«, allenfalls mit der Anerkennung einer gewissen »Mitschuld« Deutschlands. Am 6. Dezember 1920 fand erstmalig ein Kongreß der Auslandsdeutschen statt. Mehr und mehr bildete das »Deutschtum« außerhalb der Reichsgrenzen – untergliedert in Grenzlanddeutschum, Kolonialdeutschum und allgemeines Auslandsdeutschum – beziffert auf 30 bis 40 Millionen Menschen – einen spezifischen Bestandteil der revanchistischen deutschen Innen- und Außenpolitik.

(...) Ermuntert von ausgesprochen konterevolutionären Kräften und angesichts unzureichender Gegenwirkung des Weimarer Staates traten in engem Zusammenhang mit den Aktionen militaristischer, chauvinistischer und monarchistischer Kreise 1919/20 erstmals auch faschistische Politiker und

Organisationen auf. Diese gingen in ihren Forderungen und Wünschen noch viel weiter als DVP und DNVP. Sie wendeten deren reaktionäres Gedankengut ins Extreme, verachteten jede taktierende Vorsicht und gingen sowohl innen- als auch außenpolitisch entschieden auf Konfrontationskurs. Mit ihnen begann eine folgenschwere Entwicklung.

Der sich zunächst in einer Vielzahl von Organisationen unterschiedlichster Art formierende Frühfaschismus, dessen herausragende Erscheinungsform und wichtigster Bestandteil in Deutschland schließlich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) werden sollte, wurzelte stark in der fehlenden Bereitschaft großer Teile der Deutschen, die Realität von Kriegsniederlage und Republik anzuerkennen. Auch in ihm spiegelte sich der Widerwille einiger Teile der Bourgeoisie sowie der der Junker und weiter Kreise der Mittelschichten gegenüber parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen, auch gegenüber den von proletarischen Kräften erkämpften Möglichkeiten, sich zu organisieren und für eine von ihnen zu bestimmende Zukunft einzutreten. Im Mittelpunkt faschistischer Strategie und Taktik stand der Kampf gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Der faschistische Antimarxismus und Pseudosozialismus – eng verflochten mit Antiliberalismus, Antiparlamentarismus und barbarisch-chauvinistischer Kulturfeindlichkeit – bediente sich einer neuartigen Kombination von offenem Terror und rassistischem Nationalismus. Er knüpfte an weitverbreitete antisemitische Stimmungen und Vorbehalte an, was viele Menschen in die Fänge der Nazis geraten und glauben ließ, nur in der Verfolgung, Vertreibung und schließlich auch in der Vernichtung der Juden liege die Voraussetzung für einen grundlegenden Wandel der sozialen und politischen Verhältnisse.

Noch bevor die Bewegung der Nazis in großem Stil gefördert und finanziert werden konnte, waren in den ersten Jahren der Weimarer Republik zahlreiche sich vor allem des Antisemitismus bedienende Organisationen wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden geschossen. Heinrich Claß, Chef des Alldeutschen Verbandes, hatte sich schon am 3. Oktober 1918 nachdrücklich für die Schaffung »einer großen, tapferen und schneidigen Nationalpartei« ausgesprochen und zu diesem Zweck auch den »rücksichtslosesten Kampf gegen das Judentum, auf das all der nur zu berechtigten Unwille unseres guten und irregeleitete Volkes abgelenkt

werden muß«, gefordert. In diesem Umfeld entstand am 5. Januar 1919 in München die Arbeiterpartei des Maschinenschlossers Anton Drexler, die sich ein Jahr später den Namen NSDAP gab. Sie knüpfte personell und auch organisatorisch an den berüchtigten Altdeutschen Verband, an die Deutsche Vaterlandspartei und an zahlreiche andere völkisch-antisemitische Gruppen an. Gerade im Antisemitismus, im Herausstellen eines »Sündenbocks« in Gestalt der jüdischen Teile der deutschen Bevölkerung sahen die rechtsten unter den Reaktionären ein erfolgversprechendes Mittel, die für sie so bedrohlich aufgebrochenen Gegensätze zu überspielen, aus Klassengegensätzen solche der Rassen zu konstruieren und leichtgläubige, unwissende und haltlose Menschen irrezuführen. Ihnen schien sich darin eine Überwindung der Krise abzuzeichnen, und zwar auf Kosten einer Gruppe, die lediglich 0,9 Prozent der Bevölkerung ausmachte, allerdings im öffentlichen Leben – etwa in der Presse, in Kunst und Politik sowie unter Ärzten und Rechtsanwälten – überdurchschnittlich in Erscheinung trat. (...)“<sup>12</sup>

Ich habe oben aufgezeigt, wie Wirtschaft und konservative Parteien kontinuierlich den Versailler Vertrag nutzten, um zu expandieren. Ein besonderes Augenmerk möchte ich auf die „Kontinuitäten“ legen. Die konservativen, völkischen, nationalistischen und faschistischen Parteien und Verbände nutzten den Versailler Vertrag als propagandistische Vorlage. Nicht nur die Leugnung des §231 (Kriegsschuld bei Deutschland), sondern auch der Mythos des Dolchstoßes<sup>13</sup> wurde kontinuierlich propagandistisch gepflegt und forciert. Trotz der Reduzierung des stehenden Heeres verschwand mit der Konstituierung der Weimarer Republik auch nicht die militarisierte Gesellschaft des Kaiserreichs und der Kriegszeit. „Der Brutalisierungsprozeß in der Politik läßt sich am leichtesten in Deutschland verfolgen – in einem Zyklus von Revolution und Konterrevolution unmittelbar nach dem Krieg und in den Jahren einer politischen Unsicherheit, die sich daran anschlossen. (...) Wir beschäftigen uns mit der politischen Rechten als einer der mächtigsten und wirkungsvollsten extremistischen Gruppen der Weimarer Republik, die zudem den Mythos des Kriegserlebnisses besonders pflegte. Innerhalb der Rechten ließ man der Brutalisierung der Politik die Zügel schießen, und selbst eine nationalistische Partei

---

<sup>12</sup> Weißbecker, Jürgen: Der breite „rechte Rand“, in: Tageszeitung junge Welt, 12.10.2009

<sup>13</sup> Krumeich, Gerd: Dolchstoßlegende, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz in Verbindung mit Markus Pöhlmann, Paderborn, 2., durchgesehene Auflage 2004, S.444f.

wie die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die im Parlament eine geachtete Fraktion darstellte, setzte in ihrer Propaganda gegen ihre vermeintlichen politischen und rassistischen Feinde dieselbe Brutalisierung fort wie die weniger geachtete radikale, ultranationalistische völkische Rechte.“<sup>14</sup> Hier lohnt sich ein Blick auf die Presselandschaft der Weimarer Republik, besonders die vom Hugenberg-Konzern dominierte Presselandschaft trug wesentlich zur Verbreitung bei: „So ist es nicht verwunderlich, daß das Handbuch der deutschen Presse für 1932 27,9% der Presse als „rechts“, 12,8% als „Mitte“ und nur 8,3% als „links“ einordnete. Die restliche Hälfte, die sich als „parteilos“ verstand, war aber natürlich nicht unpolitisch, sondern im Regelfall bürgerlich-konservativ und real auch abhängig von den großen Konzernen und ihren Nachrichtenagenturen.“<sup>15</sup> Und somit konnten revisionistische, militaristische und rassistische Meinungen wirksam verbreitet werden.

Andere Kontinuitäten habe ich bereits oben aufgezeigt, Vereine und Verbände. Die Pflege von „Traditionen“, immer verbunden mit den revisionistischen, militaristischen und rassistischen Inhalten (je nach Verein und Verband in entsprechenden Kombinationen) war ein weiterer Baustein hin zum Faschismus, Verwaltung, Justiz und Erziehungswesen weitere.<sup>16</sup>

Eine Besonderheit der Weimarer Verfassung war der Artikel 48. „Ursprünglich war nur an wirkliche Ausnahmesituationen gedacht worden; mit der zunehmenden Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reichstags entstand die politische Neigung, dieses Recht des Präsidenten als Ersatzgesetzgebung zu verwenden. Bereits unter Friedrich Ebert wurde dieses Instrument angewandt, so zum Beispiel am 9. November 1923 anlässlich des Hitler-Putschs. Vor allem aber kam es zum Einsatz, nachdem am 27. März 1930 die Große Koalition zerbrochen und die Regierung Müller zurückgetreten war. Von da an gab es keine Regierung mehr, die sich auf eine Mehrheit im Parlament hätte stützen können; der Reichskanzler wurde seither ohne Berücksichtigung des Reichstags nur noch durch den 1925 erstmals gewählten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ernannt: zunächst Heinrich

---

<sup>14</sup> Mosse, George :: Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben. Stuttgart 1993, S. 196f.

<sup>15</sup> Kühnl, S. 134f. Der Hugenberg-Konzern kontrollierte auch den größten Filmkonzern Deutschlands, die Ufa.

<sup>16</sup> Speziell zum völkisch-nationalistischem Habitus der Burschenschaften siehe: Heither, Dietrich: Burschenschaften, Köln 2013

Brüning, später Franz von Papen, Kurt von Schleicher und schließlich Adolf Hitler. Mit den sogenannten Präsidialkabinetten wurde ein Bruch mit dem Parlamentarismus in Kauf genommen. Der Anteil der Notverordnungen an der (faktischen) Gesetzgebung stieg seit 1930 erheblich an. 1931 standen 34 vom Reichstag verabschiedeten Gesetzen 44 Notverordnungen gegenüber.“<sup>17</sup>

Mit diesem Artikel der Weimarer Verfassung wurde in die Hand des Reichspräsidenten eine große Machtfülle gelegt. Der „starke Mann“, den nationalistische, völkische und andere rechte Parteien und Organisationen herbeiwünschten, wurde de facto schon durch den Reichspräsidenten Hindenburg vorweggenommen. Die Selbst-Abschaffung der parlamentarischen Demokratie durch die Präsidialkabinette war ein weiterer Baustein auf den Weg zum faschistischen Regime.

Die weitere Entwicklung ist hinlänglich bekannt und beschrieben. Mit der Machtübertragung an Hitler als Reichskanzler und der Etablierung der neuen Reichsregierung (noch mit Beteiligung Deutschnationaler) wurde zielgerichtet die Revision des Versailler Vertrages in Angriff genommen. Bereits im Oktober 1933 erklärt Deutschland seinen Austritt aus dem Völkerbund<sup>18</sup>. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935<sup>19</sup> wird ein weiterer Bruch des Versailler Vertrages ohne vehemente Gegenwehr der Siegermächte begangen. Mit dem „Widerruf“ der deutschen Unterschrift unter die Kriegsschulderklärung des Versailler Vertrages am 30. Januar 1937<sup>20</sup> wird das Thema Versailler Vertrag endgültig beendet. Die neuerliche Kriegsvorbereitung waren seit 1933 Grundlage und Plan der faschistischen Politik, die Vernichtungs- und Expansionspolitik übertrafen die kühnsten Pläne der Ziele vor und während des 1. Weltkrieges.

Iris Bernert-Leushacke

---

<sup>17</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Notverordnung> (aufgerufen am 24.07.2014)

<sup>18</sup> Stüdt, Christoph: Das Dritte Reich in Daten, München 2002, S.29

<sup>19</sup> Stüdt, S.48

<sup>20</sup> Stüdt, S.68